



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 21.01.2011

**Niederschrift öffentlich**

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 23.11.2010, 15:30 Uhr bis 18:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Vorsitzende**

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Götz Bacher	SPD	bis 18:00 Uhr
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Arlt	Pro Köln	

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD	
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion	bis 18:00 Uhr
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Heribert Resch	CDU	

Herr Ralf Bilke auf Vorschlag der Grünen ab 16:15 Uhr  
Herr Michael Gybas auf Vorschlag der Grünen  
Herr Frank Kraus (FDP) auf Vorschlag der Grünen  
Herr Mike Pöhler FDP

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Käthe Reiff auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Brigitte Grosser auf Vorschlag pro Köln  
Herr Dieter Koberg auf Vorschlag der Linke.Köln bis 17:20 Uhr

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Barbara Röttger- Schulz auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Verwaltung**

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier  
Herr Manfred Kaune  
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein  
Frau Johanna Preßmar-Cuber

### **Schriftführerin**

Frau Barbara Bültge

### **Presse**

### **Zuschauer**

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Beigeordnete Frau Dr. Klein, zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Sie verweist auf die vorliegenden Sitzungsexemplare der erweiterten Tagesordnungen sowie zwei Tischvorlagen unter TOP 2.1 und 5.3 im Betriebsausschuss Abfallwirtschaft.

Zum Ausschuss Umwelt und Grün weist sie darauf hin, dass zu TOP 3.6 und 7.1 Herr Scheu vom Stadtplanungsamt anwesend sein und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten werde. Zu TOP 6.7 bis 6.9 komme Herr Weith von den Stadtentwässerungsbetrieben.

Die Ausschussmitglieder legen die Tagesordnung wie folgt fest:

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

B Vortrag zum Stand der Lärminderungsplanung

zu B Vortrag zum Stand der Lärminderungsplanung  
4016/2010

#### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

#### 2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Mündliche Anfrage des SE Herrn Donath: Umstellung von Erdgas auf Braunkohlenstaub  
4550/2010

2.2 3900/2010: 9.4. Zwischenbilanz zum Projekt ÖKOPROFIT 2010 in Köln: Anfrage des SE Herrn Donath  
4500/2010

2.3 Anwendung der Naturdenkmalverordnung - Ergänzende Unterlagen  
4797/2010

#### 3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 Konzept zum Schutz der Biodiversität  
Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.05.2010  
2743/2010

3.2 Luftreinhaltung  
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.04.2010  
3245/2010

3.3 Wasserspielplatz Innerer Grüngürtel - zwischen Venloer und Vogelsanger Straße  
Beantwortung der Anfrage Deine Freunde - AN/1647/2010  
4017/2010

3.4 Sitzbänke am Neusser Platz  
hier: Beantwortung der Anfrage des RM Thor-Geir Zimmermann  
4148/2010

- 3.5 Wasserverunreinigung bei Rheinkilometer 675  
Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 /  
Die Grünen vom 15.09.2010  
4133/2010
- 3.6 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke vom 24.06.2010 betr. Miss-  
verständnis zwischen Ämtern und Dezernaten zu Lasten des Umweltschutzes  
(AN/1245/2010)  
2764/2010
- 4 Mündliche Anfragen**
- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 5.1 Grillen in öffentlichen Grünanlagen  
Antrag der Fraktion pro Köln vom 13.10.2010  
AN/1859/2010
- 6 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 6.1 9. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Baadenberger  
Senke, Stöckheimer See und Große Laache)  
hier: Beschluss über Bedenken und Anregungen sowie Satzungsbeschluss  
2967/2010
- 6.2 Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen  
auf dem Gebiet der Fleischhygiene  
3160/2010
- 6.3 Jahresbericht 2009  
4172/2010
- 6.4 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Mülheim  
4149/2010
- 6.5 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Südfriedhof  
4369/2010
- 6.6 Regionale 2010 - RegioGrün/Landschaftsachse Meschenich  
hier: Baubeschluss und Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen für  
das Teilprojekt Landschaftsachse Meschenich  
3747/2010
- 6.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)  
Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln  
4205/2010

6.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)  
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung  
4204/2010

6.9 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)  
Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseitigung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwassersatzung  
hier: Novellierung  
4207/2010

## **7 Mitberatung von Planungsvorlagen**

7.1 Beschluss über die Einleitung betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7242/02 und Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung  
Arbeitstitel: Airport-Business-Park (2. Änderung) in Köln-Porz-Gremberghoven  
4015/2010

## **8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

### **9 Mitteilungen**

9.1 Geschäftsbericht 2009 des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes  
4093/2010

9.2 Holzeinschlagsplanung 2011  
3834/2010

9.3 Tiefenwasserbelüftungsanlage und Ergebnisse der Gewässeruntersuchungen am Fühlinger See  
3913/2010

9.4 Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes  
4294/2010

9.5 Beantwortung der Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Hauptausschuss betreffend "Archäologische Funde in Deutz / Rheinboulevard"  
4683/2010

9.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Auswirkungen der Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke auf kommunale Energieversorger"

9.7 ÖKOPROFIT Köln - Zwischenbilanz und Fortführung  
4766/2010

- 9.8 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln  
3693/2010

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 12 Mündliche Anfragen**
- 12.1 Kreisverband der Kleingärtnervereine in Köln
- 13 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 14 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 15 Vergaben**
- 16 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 18 Mitteilungen**
- 18.1 Abbruch des städt. Wohnhauses Dürener Straße 283  
4355/2010

## I. Öffentlicher Teil

### A **Verpflichtung von sachkundigen Einwohnern und Einwohnerinnen gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)**

Keine.

### B **Vortrag zum Stand der Lärminderungsplanung**

#### zu B **Vortrag zum Stand der Lärminderungsplanung 4016/2010**

Herr Dr. – Ing. Heinrichs, Geschäftsführer der LK Argus GmbH, stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation den aktuellen Sachstand der Lärminderungsplanung in Köln dar.<sup>1</sup>

Anfangs erläutert er, wie Lärm gemessen und berechnet wird und verdeutlicht die gesundheitliche Wirkung von Lärm. Im weiteren Verlauf geht er auf die Erstellung und Analyse von Lärmkarten für die unterschiedlichen Lärmquellen in Ballungsräumen ein und stellt die größten Probleme aus akustischer Sicht in Köln heraus. Er veranschaulicht die unterschiedlichen Möglichkeiten der Lärminderung und stellt ein Handlungskonzept zur Lärminderung im Straßenverkehr vor. Abschließend erläutert er die Öffentlichkeitsbeteiligung.

Die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller dankt Herrn Dr. Heinrichs für den informativen Vortrag. Sie eröffnet eine kurze Fragerunde, in deren Verlauf die Ausschussmitglieder Fragen stellen nach Umfang der Lärmbelastung, Planungsempfehlungen aus der Lärmaktionsplanung für andere Ausschüsse bzw. deren Zuständigkeit, Vernetzung mit anderen Umwelteinflüssen, Überlagerung von Lärm, Verfügbarkeit der Vordrucke zur Öffentlichkeitsbeteiligung in Bürgerämtern, Laufzeit der E-Partizipation und mehr Werbung dazu.

Herr Dr. Heinrichs geht ausführlich auf die inhaltlichen Fragen ein.

Herr Liebmann ergänzt, die Lärmaktionsplanung werde vom Rat beschlossen. Entsprechend der Zuständigkeitsordnung würden andere Ausschüsse vorberatend beteiligt.

Zur Verfügbarkeit der Vordrucke in Bürgerämtern informiert er darüber, dass im Vorfeld 14.000 Flyer in den Bürgerämtern verteilt worden seien. Auch Volkshochschule und ähnliche Einrichtungen hätten Flyer erhalten. Aus Ressourcengründen sei es der Verwaltung jedoch nicht möglich, dort überall präsent zu sein und Fragen zu beantworten.

Über die Kontaktstellen sei umfassend informiert worden, so dass man sich auch telefonisch mit ihnen in Verbindung setzen könne. Außerdem habe man das Call-Center der Stadt besonders geschult. Bürgervorschläge, die telefonisch oder persönlich ein-

---

<sup>1</sup> Die Folien des Vortrags sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

gehen, werden durch ein Redaktionsteam, das 7 Tage die Woche zwischen 06.00 und 20.00 Uhr besetzt sei, angenommen und in das IT-Portal eingepflegt.

Hinsichtlich Laufzeit der E-Partizipation und mehr Werbung dazu betont Herr Liebmann, das Umweltamt betreibe seit Ende September Pressearbeit mit mehreren Pressekonferenzen. Er gehe davon aus, dass die Lärmaktionsplanung und die damit verbundene E-Partizipation einen relativ hohen Öffentlichkeitswert erhalten haben. Das Team bestehe aus 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die drei Wochen lang das Redaktionszimmer bedienten. Dies sei nur für einen beschränkten Zeitraum möglich. Insofern hänge die Frage nach der Dauer solcher Online-Phasen immer auch mit den personellen Ressourcen der Verwaltung zusammen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt den Vortrag von Herrn Dr. Heinrichs, die mündlichen Ausführungen von Herrn Liebmann und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Keine.

## **2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

### **2.1 Mündliche Anfrage des SE Herrn Donath: Umstellung von Erdgas auf Braunkohlenstaub 4550/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **2.2 3900/2010: 9.4. Zwischenbilanz zum Projekt ÖKOPROFIT 2010 in Köln: Anfrage des SE Herrn Donath 4500/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **2.3 Anwendung der Naturdenkmalverordnung - Ergänzende Unterlagen 4797/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

### **3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

#### **3.1 Konzept zum Schutz der Biodiversität Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion vom 06.05.2010 2743/2010**

RM Frau Welcker fragt nach, wann mit einem abschließenden Bericht gerechnet werden könne. Sie gehe davon aus, dass die Bewerbung als Hauptstadt der Biodiversität inzwischen erfolgt sei.

Herr Liebmann informiert darüber, dass die Bewerbung erfolgt sei, ein Ergebnis jedoch noch nicht vorliege. Hinsichtlich der zeitlichen Planung eines abschließenden Berichtes erklärt er, dies hänge mit den personellen Ressourcen zusammen. Die Beantwortung der Anfrage sei sehr aufwendig gewesen, da umfangreiche Abstimmungen zwischen 4 und 5 Dienststellen innerhalb der Verwaltung erforderlich waren. Daher könne er nicht sagen, wann mit einem abschließenden Bericht gerechnet werden könne.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Liebmann und die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **3.2 Luftreinhaltung Beantwortung der gemeinsamen Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.04.2010 3245/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **3.3 Wasserspielplatz Innerer Grüngürtel - zwischen Venloer und Vogelsanger Straße Beantwortung der Anfrage Deine Freunde - AN/1647/2010 4017/2010**

RM Herr Bacher zeigt sich erschreckt angesichts der bisherigen Planungskosten in Höhe von 20.000 € und der fast 0,5 Mio. € für die Sanierung eines vorhandenen Wasserspielplatzes. Er könne nicht nachvollziehen, dass niemand bei der Stadt imstande sei, einen vorhandenen Wasserspielplatz unter Berücksichtigung der neuen Sicherheitsnormen zu planen, um so zumindest die hohen Planungskosten zu sparen. Letztendlich bedeute dies, dass der Spielplatz nicht gebaut werde.

SE Herr Bilke fragt, wie in der derzeitigen Haushaltssituation gehandhabt werde, wenn absehbar sei, dass aufgrund der hohen Planungskosten bei einer Vielzahl von Planungen eine Umsetzung der Maßnahmen nicht mehr möglich sei.

Herr Kaune versichert, wenn vorher bekannt sei, dass die Maßnahme angesichts der Kosten nicht realisierbar sei, hätte man sie auch nicht geplant. Aufgrund der Komplexität dieser Anlage musste die Planung extern vergeben werden. Bei der Planung von größeren Spielplatzanlagen sei dies ebenso, da auch hierfür kein Personal vorhanden

sei. Ansonsten sei ihm nicht bekannt, dass größere Planungen anstünden, wo jetzt schon absehbar sei, dass diese nicht umgesetzt werden könnten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune und die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.4 Sitzbänke am Neusser Platz  
hier: Beantwortung der Anfrage des RM Thor-Geir Zimmermann  
4148/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.5 Wasserverunreinigung bei Rheinkilometer 675  
Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis  
90 / Die Grünen vom 15.09.2010  
4133/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.6 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke vom 24.06.2010 betr.  
Missverständnis zwischen Ämtern und Dezernaten zu Lasten des Um-  
weltschutzes (AN/1245/2010)  
2764/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**4 Mündliche Anfragen**

**4.1 Einrichtung kommunaler Ökokonten  
Mündliche Nachfrage von RM Herrn Kienitz**

RM Herr Kienitz fragt nach, wann mit der Beantwortung der schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion zur Einrichtung kommunaler Ökokonten gerechnet werden könne.

Beigeordnete Frau Dr. Klein sagt eine Beantwortung für Anfang 2011 zu.

**4.2 Protokoll zum Ortstermin Flora  
Mündliche Anfrage von RM Frau Nesseler-Komp**

RM Frau Nesseler-Komp fragt, wann die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am OT Flora ein entsprechendes Protokoll erhalten.

Beigeordnete Frau Dr. Klein informiert, dass die Gebäudewirtschaft ein Protokoll erstellt und dieses den Beteiligten zugestellt habe.

Da die Ausschussmitglieder, die am OT teilgenommen haben, widersprechen, das Protokoll erhalten zu haben, sagt Frau Dr. Klein zu, noch mal bei der zuständigen Verwaltung nachzufragen.

#### **4.3 s. TOP 12.1**

#### **4.4 Brombeerhecken in Flittard Mündliche Anfrage von SB Herrn Dr. Albach**

SB Herr Dr. Albach stellt eine Anfrage, die sich auf Grundstücke nördlich, östlich und südlich der Miltzstrasse in Köln-Flittard richtet. Der nördliche Teil des Gebietes grenze an einen Kindergarten und sei in einem Schriftwechsel zwischen Bürgerverein und Verwaltung diskutiert worden. Der Schriftwechsel sei zum Teil in "Flittard Intern" dokumentiert.

Die Grundstücke seien durch Brombeerhecken bewachsen und damit vor Nutzung geschützt, obwohl wenige Bierflaschen von einer Nutzung in "kleinem" Maße zeugten.

Herr Dr. Albach möchte wissen, inwieweit die Wertigkeit dieser "natürlichen Sukzession" oder "Verwilderung" - je nach Gesichtspunkt - eine eventuelle Nutzung ver- oder behindert und im Falle einer Nutzung zu Ausgleichsverpflichtungen führt. Er fragt, ob es sein könne, dass ein Zug solcher Grundstücke - nach Süden zum Friedhof, nach Norden zu Wiesen vernetzt - weitergehende Ansprüche des Naturschutzes auslösen könne.

Beigeordnete Frau Dr. Klein sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

#### **4.5 Notwendigkeit schriftlicher, per Post versandter Protokolle Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust**

RM Herr Brust fragt, ob die Ausschussmitglieder überhaupt noch schriftliche Protokolle zugesandt haben wollen. Seines Erachtens sei dies unsinnig, zumal sie oft sehr spät mit einer großen Anzahl an Tischvorlagen als weitere Anlagen versandt werden. Er fände es am sinnvollsten, wenn man ganz darauf verzichte und sie nur noch ins Netz stelle.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller möchte wissen, ob dies grundsätzlich möglich sei, wenn die Ausschussmitglieder keine Niederschriften in Papierform möchten.

Beigeordnete Frau Dr. Klein verweist auf das Ratsinformationssystem, in dem alle Informationen abrufbar seien. Sie sagt zu, dass mit der Druckerei darüber gesprochen und in der nächsten Sitzung die Information weitergegeben werde.

RM Herr Dr. Welpmann berichtet von der letzten Sitzung des Unterausschusses IUK (Unterausschuss Informations- und Kommunikationstechniken). In einem Workshop beim Amt für Informationstechnik wurde mitgeteilt, dass in Zukunft die Zustellung geändert werden solle. Im Zuge dieser Änderungen, würden die Unterlagen besser sortiert und jeder könne äußern, ob er noch die Unterlagen schriftlich zugestellt haben wolle oder nicht.

Auf seine Frage an die Mitglieder des Ausschusses, ob sie generell noch die Unterlagen schriftlich zugestellt haben wollen, äußert RM Herr Bacher, dass er die Niederschriften per E-Mail zugestellt haben wolle.

RM Frau Welcker stimmt Herrn Bacher zu, zumal man oft nach Niederschriften suche, die noch nicht erstellt worden seien und nach Wochen feststelle, dass sie im Ratsinformationssystem enthalten seien.

#### **4.6 Familienpark unter der Zoobrücke Mündliche Anfrage von SE Frau Grosser**

SE Frau Grosser fragt, ob es zutreffe, dass unter der Zoobrücke ein Familienpark geplant sei. Sie möchte wissen, wie viel Grünfläche davon betroffen sei.

Beigeordnete Frau Dr. Klein informiert, dass der Jugendhilfeausschuss durch eine Mitteilung über die Planungen informiert worden sei. Sie schlägt vor, diese Mitteilung als Anlage der Niederschrift beizufügen. Ob tatsächlich Grünfläche betroffen sei, wolle sie genauer verifizieren und werde dies ebenfalls der Niederschrift beifügen.

### **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

#### **5.1 Grillen in öffentlichen Grünanlagen Antrag der Fraktion pro Köln vom 13.10.2010 AN/1859/2010**

SE Frau Grosser begründet kurz den Antrag.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller wendet ein, der Rat habe bereits am 07.10.2010 einen Beschluss "Sauberes und sicheres Köln" gefasst. Vorher sei ausgiebig darüber diskutiert und auch im Hauptausschuss sei darüber gesprochen worden. Daher finde sie den Zeitpunkt für einen Antrag jetzt nicht geeignet. Das Konzept, was bereits beschlossen sei und große Teile des Antrags beinhalte, sollte umgesetzt werden. Sie werde den Antrag daher ablehnen.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beauftragt die Verwaltung, dem Rat ein Konzept über das Grillen in öffentlichen Grünanlagen zum Beschluss zu unterbreiten, das die folgenden Punkte berücksichtigt:

- (1) Das Grillen darf nur in dafür gesondert gekennzeichneten Bereichen stattfinden.
- (2) Diese Bereiche sollen sich in sicherem Abstand zum Baumbestand befinden, um Waldbrand zu verhindern.
- (3) Für die Grillbereiche wird eine Nutzungsgebühr erhoben, um die anfallenden Entsorgungskosten zu decken.
- (4) Unerlaubtes Grillen und fehlende bzw. falsche Entsorgung der Abfälle muss von Ordnungskräften stärker und regelmäßiger kontrolliert werden.
- (5) Da sich viele Grilltreffen über lange Zeiträume hinziehen, muss im Sinne der Hygiene und auch der Vermeidung weiterer Umweltverschmutzungen eine ausreichende Anzahl von Toiletten zur Verfügung gestellt werden. Kosten hierfür sollen in der Nutzungsgebühr enthalten sein.
- (6) Es sollten zudem dort, wo die Grill-Bereiche sich befinden, Hinweise aufgestellt werden, dass zu häufiges Grillen mit Holzkohle gesundheitsschädliche Folgen haben kann.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimme der Fraktion pro Köln.

## **6 Allgemeine Beschlussvorlagen**

### **6.1 9. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Baadenberger Senke, Stöckheimer See und Große Laache) hier: Beschluss über Bedenken und Anregungen sowie Satzungsbeschluss 2967/2010**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt

1. gemäß § 27c Abs. 1 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (Landschaftsgesetz NRW) in der zum Zeitpunkt der Beschlussfassung geltenden Fassung über die zum Änderungsentwurf eingegangenen Bedenken und Anregungen gemäß dem Inhalt der Anlage 1,
2. gemäß § 29 Abs. 1, in Verbindung mit § 16 Abs. 2 Landschaftsgesetz NRW, in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung – in der bei Erlass der Satzung geltenden Fassung – die 9. Änderung des Landschaftsplans Köln gemäß dem Inhalt der Anlagen 2 und 3.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **6.2 Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene 3160/2010**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleischhygiene in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung auf der Grundlage der als Anlage 2 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion pro Köln.

### **6.3 Jahresbericht 2009 4172/2010**

RM Herr Bacher beantragt für die SPD-Fraktion, die Vorlage zu vertagen mit der Bitte an die Verwaltung, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie das Berichtswesen zukünftig gestaltet werden könne, so dass eine zeitnahe Berichterstattung sichergestellt sei. Darüber hinaus würde man es begrüßen, eine neu gefasste Beschlussvorlage mit Beschlussempfehlung der Verwaltung zu erhalten. Es sei unüblich, dass die Verwaltung die Politik bitte, aus dem Ausschuss heraus einen Beschluss zu formulieren.

RM Herr Kienitz schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Es gehe um die Errichtung eines zeitnahen Berichtswesens, welches auch schon an anderer Stelle von der Verwaltung eingefordert worden sei.

Die Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass die Vorlage mit den Vorgaben vertagt werden sollte und stellt fest, dass hierüber im Ausschuss Einmütigkeit herrscht.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün vertagt die Beschlussvorlage mit der Bitte an die Verwaltung, einen Vorschlag zu erarbeiten, wie das Berichtswesen zukünftig gestaltet werden kann, so dass eine zeitnahe Berichterstattung sichergestellt ist. Darüber hinaus bittet der Ausschuss um eine neu gefasste Beschlussvorlage mit einer Beschlussempfehlung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Friedhof Mülheim 4149/2010**

RM Herr Bacher spricht von einem bewährten Gestaltungskonzept, das bereits auf dem Friedhof Melaten umgesetzt werde. Die SPD-Fraktion sei daher der Auffassung, dieses Gestaltungskonzept sei sowohl auf dem Friedhof Mülheim, als auch auf dem Südfriedhof wünschenswert. Auch könne man auf den Rücklauf verzichten, sollten die Bezirksvertretungen uneingeschränkt zustimmen. Er stelle jedoch die Frage, ob überhaupt der Ausschuss Umwelt und Grün zuständig sei und nicht die Bezirksvertretungen.

SB Herr Dr. Albach meint, es würde reichen, wenn der Ausschuss dies als Mitteilung erhalte und nicht über derartige Gestaltungen im Einzelnen entscheiden müsse. Er signalisiere ebenfalls Zustimmung zu beiden Vorlagen.

RM Herr Kienitz widerspricht Herrn Dr. Albach. Diese Gestaltungen seien von hohem öffentlichem Interesse, wie die Gespräche und Überlegungen zum Friedhof Melaten gezeigt hätten. Die CDU-Fraktion werde beiden Vorlagen zustimmen.

Herr Kaune merkt an, das Thema "Kooperationsgrabfeld" sei neu und sollte daher zunächst dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Wenn sich dieses Konzept jedoch bewährt habe und der Ausschuss dies möchte, könne die Verwaltung die Vorlagen auch ausschließlich in die Bezirksvertretungen geben. Er schlage jedoch vor, dem Ausschuss die Sache als Mitteilung zur Kenntnis zu geben.

Die Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass sowohl die Beschlussvorlagen zu TOP 6.4 und 6.5, als auch das inhaltliche Konzept der Kooperationsgrabfelder die Zustimmung des Ausschusses Umwelt und Grün finden. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung dies zur Kenntnis nimmt und der Ausschuss über die beiden Vorlagen mit Wiedervorlageverzicht bei gleichem BV-Beschluss beschließt.

Die Mitglieder des Ausschusses sind mit dem Vorschlag einverstanden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt das von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG vorgelegte Gestaltungskonzept für ein Kooperationsgräberfeld auf dem Friedhof Mülheim. Sie beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes mit der Genossenschaft die Details der Kooperation vertraglich zu vereinbaren und, soweit von grundlegenden Regelungen des vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) am 27.04.2009 beschlossenen Kooperationsvertrages abgewichen wird, dem AVR zur Genehmigung vorzulegen.

Der Ausschuss verzichtet auf einen zweiten Durchgang, sofern die Bezirksvertretung Kalk dem Beschlussvorschlag ohne Änderungen oder Ergänzungen zustimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.5 Gestaltungsplanung Kooperationsgrabfeld auf dem Südfriedhof  
4369/2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Grün beschließt das von der Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner eG vorgelegte Gestaltungskonzept für ein Kooperationsgrabfeld auf dem Südfriedhof. Er beauftragt die Verwaltung, vor der baulichen Umsetzung des Konzeptes mit der Genossenschaft die Details der Kooperation vertraglich zu vereinbaren und, soweit von grundlegenden Regelungen des vom Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) am 27.04.2009 beschlossenen Kooperationsvertrages abgewichen wird, dem AVR zur Genehmigung vorzulegen.

Der Ausschuss verzichtet auf einen zweiten Durchgang, sofern die Bezirksvertretung Rodenkirchen dem Beschlussvorschlag ohne Änderungen oder Ergänzungen zustimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.6 Regionale 2010 - RegioGrün/Landschaftsachse Meschenich  
hier: Baubeschluss und Freigabe von investiven Zahlungsermächtigungen für das Teilprojekt Landschaftsachse Meschenich  
3747/2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage in die nachfolgenden Gremien und bittet um Wiedervorlage zur Sitzung am 20.01.2011.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**6.7      Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)  
Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Köln  
4205/2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln stimmt dem dritten Bericht über die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) Köln nach Kapitel 5.1.2 der novellierten Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten vom 08.08.2008 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion.

**6.8      Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)  
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der  
Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage so-  
wie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebüh-  
rensatzung  
4204/2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2011 (Anlage 2) zustimmend zur Kenntnis,
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 3) zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fraktionen von CDU, FDP und pro Köln.

**6.9      Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)  
Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, die Abwasserbeseiti-  
gung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage - Abwas-  
sersatzung  
hier: Novellierung  
4207/2010**

SE Herr Donath hat eine Frage zum Thema "Brennwertkessel". Er verweist auf Anlage 2, Seite 51. Dort stehe unter § 18 (1) 16. "Anzeigepflichten", dass der Anschlussberechtigte dem Kommunalunternehmen unverzüglich mitzuteilen habe, wenn erstmalig von einem Brennwertkessel Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage eingeleitet werde.

Dies betreffe anscheinend auch die kleinen Brennwertkessel von 11 Kilowatt. Er frage, ob diese Pflicht nicht auf große Kessel begrenzt werden sollte. Die Anmeldung bei der Netzgesellschaft erfolge ohnehin. Wenn also ein Datenbedarf bestehe, könne die StEB sich bei der Netzgesellschaft informieren.

Vermutlich würden diese Daten auch gar nicht benötigt, denn seine Recherche im Internet habe auf der Homepage der StEB unter dem Stichwort "Brennwertkessel" keine Rückmeldung erbracht. Auch seine Anfrage bei der Kundenberatung der StEB, ob es einen Vordruck zur Anmeldung eines Brennwertkessels gebe, habe nichts gebracht.

RM Herr Brust schlägt vor, diesen Passus zu streichen, da er die Regelung für unsinnig und überflüssig halte. Falls dies in der heutigen Sitzung nicht möglich sei, rege er an, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen und bis dahin eine Klärung durch die StEB herbeizuführen.

Beigeordnete Frau Dr. Klein stimmt dem Verfahren zu und sagt zu, diese Fragen zur Ratssitzung schriftlich zu beantworten, damit die Antworten rechtzeitig zur Beschlussfassung vorliegen.

Ein Vorschlag von SB Herrn Dr. Albach, die Anmeldepflicht auf Brennwertkessel ab 200 Kilowatt zu begrenzen findet keine Zustimmung. Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller und RM Frau Welcker machen in diesem Zusammenhang geltend, dass die StEB die Möglichkeit zur Stellungnahme haben müsse und klarstellen sollte, warum diese Regelung hereingenommen wurde. Dann könne man in der Ratssitzung eindeutig und zügig beschließen.

Nach weiterer Beratung zum Verfahren besteht unter den Ausschussmitgliedern Konsens darüber, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen, so dass die Ausschussvorsitzende dies zur Abstimmung stellt:

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat und bittet die Verwaltung, die in der Beratung gestellten Fragen zur Ratssitzung zu beantworten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

## **7 Mitberatung von Planungsvorlagen**

### **7.1 Beschluss über die Einleitung betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7242/02 und Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: Airport-Business-Park (2. Änderung) in Köln-Porz-Gremberghoven 4015/2010**

RM Herr Bacher verweist auf die ergänzte Beschlussempfehlung der BV Porz und bittet die Verwaltung um Stellungnahme dazu.

RM Herr Welpmann fragt hinsichtlich der umzuwidmenden Fläche, welches Vorhaben geplant sei, wie groß die Fläche sei und welche Fläche tatsächlich davon in Anspruch genommen werde.

Außerdem verweist er auf die Niederschrift des Stadtentwicklungsausschusses vom 11.12.2007. Hier sei in derselben Sache diskutiert worden und Herr Beigeordneter Streitberger habe ausgeführt, er wolle an diesem Beispiel systematisch die Frage des Ausgleichs nachvollziehbar darstellen. Herr Welpmann erinnert namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die weitere Umsetzung der Absicht, zumal jetzt ein doppeltes Ausgleichserfordernis ausgelöst werde. Ansonsten könne man der BV Porz nur zustimmen, dass ein 100 %iger Ausgleich erforderlich sei.

Herr Scheu erklärt zur Beschlussempfehlung der BV Porz, die Ausgleichsfläche solle zu 100 % im Stadtbezirk Porz angesiedelt werden, die Kosten für die Grundstücks-pflege seien über einen Zeitraum von mehr als 5 Jahren dem Vorhabenträger aufzuerlegen. Ein umfassendes Verkehrsgutachten für den Bereich Frankfurter Straße/Alter Deutzer Postweg sei vorgelegt, aber noch nicht abschließend geprüft worden. Es zeige aber, dass der Anteil des durch dieses Vorhaben ausgelösten Mehrverkehrs auf dem Alten Deutzer Postweg sehr gering sei und nicht rechtfertige, dem Vorhabenträger den Ausbau des Alten Deutzer Postweges aufzuerlegen. Die Regenwasserversi-ckerung auf dem Grundstück werde im Rahmen der Umweltprüfung untersucht. In welcher Form die Energieversorgung vorgenommen werden kann, ist ebenfalls Be-standteil der Umweltprüfung.

Zur Frage nach dem konkreten Vorhaben informiert Herr Scheu, dass dort ein Kühlhausbetreiber vom Großmarkt verlagert werden solle. Die Fläche werde im weiteren Bebauungsplanverfahren noch spezifiziert beplant, eine Verkleinerung sei nicht er-kenubar. Zum angesprochenen Eingriffs-/Ausgleichsverfahren erläutert Herr Scheu, es gebe für diesen Bebauungsplan im Zuge der Aufstellung eine erste Eingriffs-/Ausgleichsbilanz. Diese werde im Laufe des Verfahrens noch konkretisiert und dem Ausschuss Umwelt und Grün in geeigneter Form vorgestellt.

Nach umfassender Diskussion im Ausschuss über die weitere Vorgehensweise schlägt RM Frau Welcker vor, die Beschlussempfehlung der BV Porz als Prüfauftrag zu formulieren.

Die Ausschussmitglieder sind mit diesem Vorschlag einverstanden und die Aus-schussvorsitzende stellt den geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, das Verfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7242/02 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet 40 m südlich der Bundesautobahn A 4 (Köln - Olpe), gelegen zwi-schen der Bahntrasse Köln - Troisdorf und dem Josef-Linden-Weg –Arbeitstitel: Airport-Business-Park (2. Änderung) in Köln-Porz-Gremberghoven– einzuleiten;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1 (Aushang).

**Außerdem soll von der Verwaltung geprüft werden, ob und unter welchen Bedingungen folgende Ergänzungen umzusetzen sind:**

- Die neu zu schaffende Ausgleichsfläche ist unter Berücksichtigung aller Ökonomiepunkte ausschließlich im Stadtbezirk Porz bereits zu stellen. Der Ausgleich soll nach einem mit BUND und NABU abgestimmten Konzept zwischen Porz-Zündorf und Porz-Langel erfolgen. Der Projektentwickler garantiert die Übernahme der Grünpflegekosten durch den Investor für mind. 5 Jahre.
- Es ist ein umfassendes Verkehrsgutachten für den Bereich Frankfurter Str / Alten Deutzer Postweg vor zu stellen, aus dem die zu erwartenden Verkehrsströme und -belastungen unter Berücksichtigung sowohl der weiteren Verkehrsentwicklung als auch der sukzessiven Weiterentwicklung des Airport-Business-Parks.
- Die verkehrliche Hauptanbindung des Jakob-Linden-Weg soll über den Alten Deutzer Postweg erfolgen. Die letztere Straße muss entsprechend ausgebaut und ertüchtigt werden.
- Der Investor hat für eine ausreichende Regenwasserversickerung auf dem Grundstück zu sorgen.
- Für die Energieversorgung sollen innovative Versorgungskonzepte mit dezentraler Energieerzeugung z.B. Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung und einem hohen Anteil regenerativer Energieerzeugung sowie einer hohen Energieeffizienz eingesetzt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

Keine.

**9 Mitteilungen**

**9.1 Geschäftsbericht 2009 des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes  
4093/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.2 Holzeinschlagsplanung 2011  
3834/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **9.3 Tiefenwasserbelüftungsanlage und Ergebnisse der Gewässeruntersuchungen am Fühlinger See 3913/2010**

RM Frau Paffen äußert sich positiv über die Tiefenwasserbelüftungsanlage und fragt, wie diese in Zukunft finanziert werde. Sie möchte wissen, ob deren Weiterführung sichergestellt sei oder sogar ausgeweitet werden könne.

Außerdem fragt sie, wann mit der Neufassung der Satzung zum Fühlinger See zu rechnen sei.

SE Frau Reiff merkt an, die Tiefenwasserbelüftungsanlage habe sich in der Vergangenheit bewährt und regt an, die Finanzierung der Anlage sicherzustellen.

Beigeordnete Frau Dr. Klein sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfragen und Weitergabe der Anregung zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **9.4 Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes 4294/2010**

SE Herr Bilke dankt für die Mitteilung. Er bedauert, dass diese Maßnahme nicht durchgängig im Bereich der Innenstadt umgesetzt werde und befürchtet, dass der Lärm in Dezibel im Bereich der Brücken auf gleichem Niveau bleibt. Auch vermutet er, nach allem, was er zu Planungen und Bauen der Bahn bislang gelesen habe, dass sich die Umsetzung der Maßnahmen noch weiter hinausschiebt. Er fragt, wie die Stadt Köln die Verbindlichkeit der Termine 2015/2016 einschätzt.

Herr Dr. Drösemeier pflichtet Herrn Bilke bei, dass eine Verbindlichkeit der Termine seitens der Stadt Köln nicht einschätzbar sei.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Ausführungen von Herrn Dr. Drösemeier und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **9.5 Beantwortung der Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Hauptausschuss betreffend "Archäologische Funde in Deutz / Rheinboulevard" 4683/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **9.6 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde betreffend "Auswirkungen der Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke auf kommunale Energieversorger"**

RM Herr Bacher verweist auf die ausgiebige Diskussion im Rat. Aus Sicht der SPD-Fraktion erübrige sich daher hier im Ausschuss Umwelt und Grün eine weitere Diskussion. Allerdings sollte die Verwaltung beauftragt werden, die Auswirkungen des

Energiekonsenses der Bundesregierung weiterhin zu beobachten und vor der Sommerpause 2011 über hieraus folgende Auswirkungen für die Stadt Köln und Rhein-Energie zu berichten.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller schließt sich den Ausführungen von Herrn Bacher an.

RM Herr Kienitz regt an, die Verwaltung zu bitten, die Rhein-Energie selbst zu befragen, damit diese direkt Stellung nehmen könne.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **9.7 ÖKOPROFIT Köln - Zwischenbilanz und Fortführung 4766/2010**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

### **9.8 Fortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Köln 3693/2010**

SE Frau Reiff kritisiert nachdrücklich die Reduzierung von Landschaftsschutzgebieten (LSG), insbesondere die Aufhebung des Landschaftsschutzes am Fühlinger See. Sie befürchtet dadurch einen noch größeren Missbrauch dieses für die Bevölkerung im Kölner Norden sehr wichtigen Freizeitgeländes, das jetzt schon unter den kommerziellen Freizeitveranstaltungen leide.

RM Herr Dr. Welpmann betont eine differenzierte Bewertung der zu bearbeitenden Punkte, die lediglich redaktionell überarbeitet werden müssen und der Punkte, die einer politischen, strategischen Diskussion bedürfen. Diese Diskussion müsse erfolgen, bevor der Ausschuss Umwelt und Grün eine Vorlage erhalte, in der bereits alles fertig geplant sei.

Beispielsweise sei eine "Harmonisierung" von Landschaftsplan und Grünflächenordnung mit dem Ziel einer Verwaltungsvereinfachung sinnvoll und unstrittig.

Die Reduzierung von Landschaftsschutzgebieten jedoch müsse vorher in der Politik strategisch diskutiert werden. Zudem halte er die These, bei erhöhtem Nutzungsdruck eine Aufhebung des Landschaftsschutzes zu prüfen, für äußerst gewagt. Gerade bei erhöhtem Nutzungsdruck dürften diese Landschaftsschutzgebiete nicht reduziert, sondern müssten geschützt werden, auch wenn im Einzelfall eine Befreiung möglich sei.

Eine Strategie müsse vor den Details abgestimmt werden und er melde hier Beratungsbedarf an.

RM Herr Bacher nennt die Mitteilung brisant. Die Politik könne sie nicht einfach zur Kenntnis nehmen, ohne die Verwaltung aufzufordern, diese Punkte nur mit politischen Voten umzusetzen. Herr Bacher erinnert daran, dass der Landschaftsplan im Dezember dieses Jahres vor 20 Jahren zum ersten Mal aufgestellt und beschlossen worden sei. In dieser Zeit habe er sich sehr bewährt. Er rate von einer Neuauflage ab, son-

dem befürworte Landschaftsplan-Änderungen an den Stellen, wo es nötig sei, so wie dies auch bisher gehandhabt worden sei.

SE Herr Bilke schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an und ergänzt sie um den Punkt "Erweiterung des Katalogs der Ausnahmeregelungen". Dies sei kein Geschäft der laufenden Verwaltung, da damit auch die Beteiligung des Landschaftsbeirates sowie teilweise des Ausschusses Umwelt und Grün verknüpft sei. Aus Sicht des Umwelt- und Naturschutzes könne er weniger Beteiligungsverfahren nicht vertreten. Er appelliert an die Verwaltung, sich im Rahmen der Gesamtberatung von Beginn an zusammen mit der Politik dem Thema zu widmen.

SE Frau Reiff fragt, wer die Kriterien "erhaltenswert" und "wertvoll" im Landschaftsplan festsetze. Sie nennt Beispiele, wie eine artenreiche Saumvegetation zwischen Gleisanlage und Feldweg, die als "sehr wertvoll" beschrieben werde und andererseits den ehemaligen Teich des Frohnhofes in Esch, der ein alter Rheinarm sei und als "erhaltenswert" dargestellt werde.

SB Herr Dr. Albach spricht sich für Verwaltungsvereinfachung, Planungssicherheit und damit für eine bessere Darstellung für Investoren aus. Konflikte, z. B. bei unterschiedlichen Interessen, müssen in einem geordneten Abwägungsprozess mit politischer Beteiligung ablaufen. Die inhaltliche Weiterentwicklung des Landschaftsplans könne nicht über eine derartige Mitteilung abgewickelt werden. Er bitte die Verwaltung daher um klare Vorlagen.

RM Herr Kienitz äußert, man sei sich im Ausschuss darüber einig, dass ein Landschaftsplan Rechtssicherheit besitzen müsse und er unter diesem Gesichtspunkt überarbeitet und weiterentwickelt werden sollte. Änderungen und Anpassungen müssten allerdings eng begleitet werden. Sie dürften nicht im Rahmen von Mitteilungen geschehen, sondern die CDU-Fraktion erwarte hier eine klare Beteiligung der politischen Gremien.

Herr Kaune versichert, es sei deutlich geworden, dass im Ausschuss Umwelt und Grün mit diesem Thema sensibel umgegangen werde. Hinsichtlich der Reduzierung von Landschaftsschutzgebieten betont er, die Verwaltung wolle dies zunächst prüfen, ohne die Politik zu übergehen. In erster Linie sei eine Harmonisierung und redaktionelle Überarbeitung geplant.

Die Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass der Ausschuss Umwelt und Grün zu Beginn des neuen Jahres eine Beschlussvorlage erwarte, über die man dann diskutieren wolle.

gez. Dr. Sabine Müller  
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge  
(Schriftführerin)